



Landesverteidigungsakademie
Wien

ERDOGAN STAATSPRÄSIDENT – EIN NEUES KAPITEL IN DER TÜRKEI

Marius Calligaris

Die Präsidentenwahlen in der Türkei haben einen Sieg Erdogans bereits im ersten Wahlgang gebracht. Dessen Popularität ist ungebrochen, er steht bei der Mehrheit der Bevölkerung für den wirtschaftlichen Aufschwung und Volksnähe. Aussenminister Davutoglu wurde als neuer Ministerpräsident und AKP-Chef designiert. Erdogan wird versuchen, die politische Macht ins Präsidentenamt zu verlagern. Eine weitere Polarisierung im Lande ist zu befürchten. Um dies zu vermeiden müsste der neue Präsident nunmehr auf Andersdenkende zugehen.

Recep Tayyip Erdogan hat am 28. August 2014 sein Amt als 12. Präsident der Türkei angetreten.

Der frühere Ministerpräsident hatte die Wahl bereits im ersten Durchgang am 10. August für sich entschieden. Er erhielt mit 51,76% der Stimmen die notwendige absolute Mehrheit. Der gemeinsame Kandidat der beiden Oppositionsparteien CHP (Republikanische Volkspartei) und MHP (Partei der nationalen Bewegung), der islamische Gelehrte und frühere Generalsekretär der OIC (Organisation für islamische Zusammenarbeit) Ekmeleddin Ihsanoglu kam auf 38,44%. Selahattin Demirtas, Bürgermeister des Kurden-Hauptortes Diyarbakir, der Bewerber der HDP (Demokratische Volkspartei, eine hauptsächlich von Kurden, aber auch Linkskreisen getragenen Gruppierung) erhielt 9,76%. Dies kann als sehr beachtliches Resultat bezeichnet werden und liegt nur knapp unter der Schwelle von 10% für Parlaments- und Lokalwahlen. Bedenkt man

die früheren politischen Verhältnisse in der Kurdenfrage kann das Antreten Demirtas' bei Präsidentschaftswahlen an sich schon als Sensation gewertet werden. Der bisherige Amtsinhaber Abdullah Gül hatte im Juni 2014 auf eine – verfassungsmäßig mögliche – Wiederkandidatur verzichtet.

Die Wahlbeteiligung betrug 73% und lag damit deutlich unter jener bei den Lokalwahlen im März d.J. (89%). Hiedurch stieg der Prozentsatz für Erdogan bei etwa gleicher Stimmenanzahl wie bei letzterem Urnengang von 45,5% auf beinahe 52%. Erstmals waren auch ca. 2,7 Millionen Auslandstürken wahlberechtigt, wovon jedoch nur 8,6% Gebrauch machten.

Der Erfolg des früheren Regierungschefs bereits im ersten Wahlgang war weitgehend erwartet worden. Sämtliche Umfragen – allerdings meist seitens regierungstreuer Medien – hatten eine Mehrheit von bis zu 57% vorausgesagt. In diesem Sinne fiel der Sieg etwas knapper aus, als erwartet.

IFK Monitor
August 2014

Die Wahlkampagne

Der Wahlkampf verlief auf niedrigem Niveau und beschränkte sich hauptsächlich auf Angriffe gegen die Konkurrenten. Sachthemen kamen kaum zur Sprache. Besonders Erdogan führte eine aggressive Kampagne mit beleidigenden und ins Persönliche gehenden Attacken gegen Ihsanoglu, welcher sich zudem mit verleumderischen Gerüchten - wie etwa des von ihm geplanten Verbotes des Kopftuches - konfrontiert sah. Der Ministerpräsident suchte sein Profil durch Betonung religiöser Elemente zu schärfen. Ferner setzte Erdogan durch harte Äußerungen auf die starken anti-israelischen Gefühle in der Bevölkerung, wobei ihm die Eskalation des Konfliktes in Gaza einen willkommenen Anlass bot. Die im Wahlkampf festzustellende Verwendung öffentlicher Gelder für die Kampagne der AKP (Gerechtigkeits- und Fortschrittspartei) wurde nicht nur von der Opposition, sondern auch in einem Bericht des OSZE-Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) vom 31. Juli kritisiert.

Zu bemerken wäre, dass alle Kandidaten für ihre Wahlwerbung stark die social media benutzten und ihre Veranstaltungen vor allem in Städten und weniger in ländlichen Gebieten abhielten. Erstmals engagierten sich auch populäre Persönlichkeiten aus Kunst und Kultur im Wahlkampf, hauptsächlich zugunsten Erdogans. Die Berichterstattung der Medien, insbesondere des staatlichen Rundfunks und TV, aber auch der nunmehr überwiegend regierungsnahen Zeitungen zeigte eine klare Bevorzugung des Ministerpräsidenten. Diesem wurde im Vergleich zu den Konkurrenten eklatant mehr Raum gewidmet. Zudem wurde sein Sieg seit Bekanntgabe seiner Kandidatur quasi schon im voraus gefeiert.

Insgesamt war türkischen Beobachtern zufolge das Interesse der Bevölkerung im Vergleich zu früheren Parlaments- bzw. Lokalwahlen gering. Dies verwundert insofern, als es sich um die erste direkte Wahl des Staats-

oberhauptes handelte. Der Grund mag vor allem darin liegen, dass der Sieg Erdogans praktisch schon a priori feststand.

Gründe für den Wahlsieg Erdogans

Der Sieg des bisherigen Ministerpräsidenten beweist – wie schon bei den Lokalwahlen am 30. März 2014 – dass sein Rückhalt in der Bevölkerung ungebrochen ist. Die Negativereignisse der letzten 15 Monate, nämlich die Unruhen um den Gezi-Park, die Aufdeckung einer umfangreichen, die Regierungspartei betreffenden Korruptionsaffäre, die Eingriffe in Justiz und Gewaltentrennung und seine zynische Reaktion auf ein schweres Grubenunglück mit 301 Toten, konnten seiner Popularität nichts anhaben. Erdogan steht bei der Mehrheit der Bevölkerung für den wirtschaftlichen Aufschwung, die Verdreifachung des Pro-Kopf-Einkommens, die Senkung der Inflation und Arbeitslosigkeit und die Realisierung zahlreicher Infrastrukturprojekte. Weitere Großvorhaben sind geplant. Der Mann auf der Straße fühlt sich durch Erdogan vertreten und hofft auf nunmehr direkten Kontakt mit der Staatsspitze. Der bisherige Ministerpräsident ist der klassische Volksheld der unteren Schichten, deren Sprache er spricht. Außerdem befürchteten viele, erreichte Errungenschaften und Vorteile im Falle eines Sieges eines Konkurrenten zu verlieren.

In diesem Sinne verstand es der Regierungschef, die Partei und deren Basis zu mobilisieren. Hievon zeugen auch die umfangreichen Spenden für seine Kampagne - hinter den Zuwendungen seitens einiger Industrieunternehmen dürfte, zumindest teilweise, wohl auch die Inaussichtstellung künftiger Staatsaufträge gestanden sein. Demgegenüber genoss Ihsanoglu nicht die volle Deckung der CHP- bzw. MHP-Parteigänger. Seine Nominierung als Kandidat schuf angesichts seines frommen Hintergrundes zwar einerseits Akzeptanz für religiöse (=AKP) Kreise, rief andererseits aber bei säkularen und nationalen Elementen der beiden Parteien Kritik hervor.

Durch seine konservativ ausgerichtete Kampagne konnte er auch kaum die Unterstützung liberaler Kreise gewinnen. Hierzu kamen seine wenig charismatische Persönlichkeit und sein nur mäßiges Talent als Redner. Viele Kommentatoren meinen, die Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten der CHP und MHP sei ein Fehler gewesen. Getrennte Kandidaturen hätten vermutlich eine absolute Mehrheit für Erdogan im ersten Durchgang verhindert. Den 38,44% für Ihsanoglu standen 43% für CHP und MHP zusammen im März gegenüber, was einen klaren Verlust bedeutet. Konsequenzen innerhalb der beiden Parteien sind nicht ausgeschlossen.

Zum Vorteil Erdogans haben wohl auch in der AKP-Regierungszeit gesetzte Maßnahmen zugunsten der Kurden, wie etwa die Lockerung der Sprachenfrage, und der begonnene Lösungsprozess bzw. der (vorläufige) „Friedensschluss“ mit Öcalan beigetragen. So konnte der Ministerpräsident neue Wählerschichten unter den mehrheitlich religiös-konservativ ausgerichteten Kurden erschließen, welche der AKP ideologisch oft näher stehen als der HDP. Im Vergleich dazu stand Ihsanoglu quasi als Vertreter des für die Unterdrückung der Kurden stehenden kemalistischen und nationalen Elementes auf verlorenem Posten.

Neuer Ministerpräsident und neuer AKP-Chef

Neben der Frage, ob der neue Präsident bereits im ersten Durchgang gewählt werde oder sich Erdogan einer Stichwahl unterziehen muss (jedes andere Resultat wurde a priori als ausgeschlossen erachtet), konzentrierte sich die Aufmerksamkeit der türkischen Öffentlichkeit und der Medien auf die Frage des neuen Ministerpräsidenten und AKP-Parteichefs sowie auf die politische Zukunft Güls. Dieser hatte nach der Wahl angekündigt, in die AKP zurückkehren zu wollen. Allerdings setzte Erdogan für den 27. August einen Parteikonvent zur Kür seines Nachfolgers an, offensichtlich um eine Kandidatur

Güls (Ende des Mandates 28. 8.) zu verunmöglichen. Das Verhältnis der beiden Politiker gilt seit einiger Zeit wegen Differenzen, etwa betreffend die Gezi-Unruhen, die Korruptionsaffäre und die Meinungsfreiheit, als gespannt. Die AKP-Versammlung hat über Vorschlag des Ministerpräsidenten des bisherigen Außenminister Davutoglu zum Nachfolger Erdogans bestimmt, dem vermutlich die Rolle dessen Erfüllungsgehilfen zugedacht ist. Es muss sich erst zeigen, inwieweit Davutoglu in der Lage sein wird, die AKP zusammenzuhalten. Angesichts des Wegfalls der Zugpferdes Erdogan muss diese bei den Parlamentswahlen im Juni 2015 mit Stimmenverlusten rechnen. Damit würde die Einführung eines Präsidialsystems in weite Ferne rücken.

Verlagerung der politischen Macht in das Präsidentenamt zu erwarten

Erdogan hatte vor seiner Kandidatur versucht, eine Verfassungsänderung im Sinne der Etablierung eines Präsidialsystems durchzubringen. Er scheiterte aber an der mangelnden 2/3-Mehrheit im Parlament, da es ihm nicht gelang, einige Abgeordnete der Opposition auf seine Seite zu ziehen. Nichtsdestoweniger hat er angekündigt, ein aktives Staatsoberhaupt mit direktem Tätigwerden in der Tagespolitik zu sein. Es ist zu erwarten, dass er den diesbezüglichen verfassungsmäßigen Spielraum (wie die Ernennung des Ministerpräsidenten und des Chefs der Streitkräfte, die Möglichkeit der Rückverweisung von Gesetzen an das Parlament, die Anrufung des Verfassungsgerichtshofes, etc.) voll ausschöpft. Darüberhinaus wird er wohl auch versuchen, sein bisher eher auf repräsentative Funktionen beschränktes Amt mit neuer Machtfülle auszustatten und Kompetenzen – zu Lasten des Parlamentes und der Regierung – in den Präsidentenpalast zu verlagern. So hat er die Absicht geäußert, die wöchentlichen Kabinettsitzungen leiten zu wollen (zur Teilnahme ist der Präsident laut Verfassung berechtigt, was aber bisher höchstens einmal im Monat wahrgenommen

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:

Republik Österreich/
Bundesministerium für
Landesverteidigung und
Sport
Roßauer Lände 1
1090 Wien

Redaktion:

Landesverteidigungs-
akademie Wien
Institut für Friedens-
sicherung und Konflikt-
management
Stiftgasse 2a
1070 Wien

Copyright:

© Republik Österreich/
Bundesministerium für
Landesverteidigung und
Sport / Alle Rechte
vorbehalten

Periodikum der Landesverteidigungs- akademie

August 2014

wurde). Aussagen Erdogans lassen ferner vermuten, er werde sich mit einem Beraterstab umgeben, welcher quasi als „Schattenkabinet“ die eigentliche Regierungsgewalt ausübt. In diesem Sinne war für Erdogan ein Sieg schon im ersten Wahlgang wichtig, da er aus diesem einen Rückhalt für seine Pläne einer aktiven Präsidentschaft ableiten zu können glaubt. Die Notwendigkeit einer Stichwahl wäre für den erfolgsverwöhnten Ministerpräsidenten ein empfindlicher Dämpfer gewesen.

Perspektiven für die Zukunft

Zahlreiche, auch ausländische Kommentatoren sprechen davon, dass sich die Türkei künftig auf einen „Ein-Mann-Staat“ wird einstellen müssen und die Weichenstellung für ein autokratisches Regime gegeben ist. Kritiker sagen eine noch weitere Entfernung vom Prinzip der Gewaltenteilung voraus, die säkularen Kreise befürchten eine verstärkte, das tägliche Leben der Bürger betreffende Islamisierung des Landes. Positive Erwartungen gibt es hinsichtlich der Beschleunigung des Lösungsprozesse mit den Kurden. In diesem Sinne wurde schon vor der Wahl ein Maßnahmenpaket im Parlament verabschiedet.

Erdogan hat am Abend seiner Wahl eine versöhnliche Rede gehalten. Sein Erfolg sei ein Sieg der Demokratie und somit auch für jene, die ihn nicht gewählt hätten. Eine neue Ära sei angebrochen, er werde Präsident aller Türken sein, Konflikte in der Vergangenheit sollten der „alten“ Türkei angehören.

Es muss sich jedoch erst zeigen, ob seine Wahl nicht zu einer Akzentuierung der autoritären Tendenzen und zu einer weiteren Vertiefung der Polarisierung in der Türkei führt. Der neue Präsident ist bisher eher als Spalter, denn als Versöhner aufgetreten und sein ruppiger Stil passt nicht zur Position des Landesvaters. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre scheint die Hoffnung eher gering, Erdogan werde als Staatschef angesichts der (weitgehenden) Erfüllung seiner politischen

Ambitionen künftig ausgleichender wirken. Überraschungen sind jedoch möglich.

Empfehlenswerte Kurskorrekturen

Erdogan sieht sich selbst als Reformier und Erneuerer im Sinne Atatürks. Sein Erfolg als Präsident und seine Rolle in der Geschichte der Türkei werden wohl davon abhängen, inwieweit er bereit ist, seine polarisierende Art zu ändern und auf Andersdenkende zuzugehen. Bisher hat er die Gegensätze in der türkischen Gesellschaft zwecks Mobilisierung seiner Anhänger oft bewusst vertieft. Die Herausforderung wird nunmehr darin bestehen, das Vertrauen jenes Teils der Bevölkerung zu gewinnen, welcher ihm skeptisch bis ablehnend gegenübersteht. Ein prominenter türkischer Journalist schrieb, eine weitere Polarisierung – etwa in Form einer forcierten Islamisierung – bedrohe die Demokratie und den sozialen Frieden im Lande. Eine Studie des Pew-Institutes in Washington zeigt, dass die Türkei in zwei fast gleich starke Lager gespalten ist: Jenes, das Erdogan als positiv für das Land erachtet und jenes, welches der Ansicht ist, er schade der Türkei.

Der neue Präsident galt früher für den Westen als Synthese eines modernen, gemäßigten Islam und eines wirtschaftlichen Liberalismus, welcher dem Lande politische und wirtschaftliche Stabilität brachte, Reformen im Sinne westlicher Standards einleitete und der Türkei so die Aussicht auf einen eventuellen EU-Beitritt eröffnete. Diese Errungenschaften sind in letzter Zeit deutlich ins Wanken geraten und das internationale Prestige der Türkei hat gelitten. Der neue Präsident sollte die laizistische und europäische Perspektive wieder stärker in den Mittelpunkt rücken. So wird in Zukunft ein gutes Verhältnis und eine Zusammenarbeit mit der Union möglich und für beide Seiten vorteilhaft sein - wobei auch die EU bzw. ihre Mitgliedstaaten ihr echtes Interesse an der Türkei glaubhaft unter Beweis stellen sollten. Andernfalls würde sich das Land auf einen abenteuerlichen Weg mit unsicherer Zukunft begeben.